

Nr. 1/Januar 2014

## Europa: Fair, gerecht, zukunftsfähig! Erwartungen zur Europawahl 2014

Am 25. Mai 2014 wählen die Bürgerinnen und Bürger der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) für die kommenden fünf Jahre ein neues Europäisches Parlament. Die Europawahl ist auch aus entwicklungspolitischer Sicht wichtig, weil die EU der größte Geber ist und die Entwicklungszusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten koordiniert. Aus Anlass der Europawahl ruft der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) die zukünftigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments dazu auf, das internationale Engagement der EU fairer, gerechter und ökologisch nachhaltig zu gestalten. VENRO fordert von der EU, mehr Politikkohärenz zugunsten der entwicklungspolitischen Ziele.

Die Bewältigung der globalen Herausforderungen, kann nur gelingen, wenn Entwicklungs-, Umwelt- und Klimapolitik eng miteinander verzahnt werden. Die EU muss eine Führungsrolle bei der Gestaltung und Umsetzung der „Post-2015“-Agenda einnehmen und sich dafür einsetzen, dass die Überwindung der weltweiten Armut und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen höchste politische Priorität erhalten.

### Recht auf Nahrung sichern

Nach Angaben der Welternährungsorganisation (FAO) hungern weltweit 842 Millionen Menschen. Der sichere Zugang zu Nahrung ist ein universelles Menschenrecht. Alle Staaten sind verpflichtet, dieses Recht zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten. Die EU trägt hier als weltweit größter Akteur im Handel mit Agrar- und Fischereiprodukten eine hohe Verantwortung. Die Gewährleistung des Menschenrechts auf Nahrung erfordert Veränderungen in den Produktionssystemen ebenso wie beim Zugang zu erschwinglichen und nahrhaften Lebensmitteln.

Kritisch zu bewerten ist die zunehmende Produktion von Biokraftstoffen, die zu steigenden Nahrungsmittelpreisen und zu Landraub in Entwicklungs- und Schwellenländern führt. Fast achtzig Prozent der Hungernden leben auf dem Land, die Hälfte davon sind Kleinbauern, vor allem Frauen. VENRO tritt deshalb für eine Politik ein, die eine regionale bäuerliche Landwirtschaft als Schlüssel zur Hungerbekämpfung fördert.

Zur Europawahl 2014 fordert VENRO von den Kandidatinnen und Kandidaten:

- die agrar- und handelspolitischen Maßnahmen der EU auf die Beeinträchtigung des Rechts auf Nahrung zu überprüfen und Frauen den gleichen Zugang wie Männern zu Ressourcen wie Kredite, technisches Know-how, Wasser und gutes Saatgut zu ermöglichen;
- den Export von Nahrungsmitteln und das „Grabbing“ von Land und Fischgründen abzubauen, da sie in den Ländern des Südens den Aufbau eigener Agrar- und Fischereiwirtschaften beeinträchtigen;
- den Anteil der Entwicklungsgelder zur Förderung einer bäuerlichen Landwirtschaft bis 2017 stufenweise auf zehn Prozent anzuheben;
- den Zugang zu sauberer und bezahlbarer Energie in ländlichen Regionen sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass die europäische Energieversorgung nicht auf Kosten der Energieversorgung in Entwicklungsländern geht;
- eine Reform der EU-Biokraftstoffziele voranzutreiben, die dem Recht auf Nahrung Vorrang einräumt.

## Handels- und Investitionspolitik nachhaltig und gerecht gestalten

Die EU ist die weltweit größte Handelsmacht. Sie ist zur Multilateralität verpflichtet und dafür verantwortlich, ihre Handelspolitik entwicklungs-kohärent zu gestalten. Dennoch schließt die EU zunehmend bilaterale Handels- und Investitionsabkommen ab, die wirtschaftlich schwächere Staaten benachteiligen.

In der Welthandelsorganisation (WTO) verhandelt die EU im Namen der Mitgliedsorganisationen. Das Bali-Abkommen der WTO vom Dezember 2013 zeigt, dass Entwicklungsländer ihre Interessen im Welthandel nur unter großen Schwierigkeiten durchsetzen können. Nach wie vor will die EU nur in Ausnahmefällen den Schutz kleinbäuerlicher Produzenten akzeptieren und weigert sich, den Entwicklungsländern ein grundsätzliches Recht dafür zuzugestehen, dass sie zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung wichtige Lebensmittel aus der Marktliberalisierung herausnehmen dürfen.

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP), die seit 2004 verhandelt werden, stoßen zunehmend auf Widerstand seitens der Zivilgesellschaften, Unternehmen und Regierungen in den AKP-Ländern. Die EU hat durch ihre einseitig an europäischen Wirtschaftsinteressen orientierte Verhandlungsführung sehr viel an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Zur Europawahl 2014 fordert VENRO von den Kandidatinnen und Kandidaten:

- alle europäischen Handels- und Investitionsabkommen unter Beachtung international anerkannter Arbeits- und Sozialstandards (ILO-Kernarbeitsnormen) und im Interesse einer klima-, ressourcen- und umweltschonenden europäischen Wirtschaftspolitik entwicklungs-freundlich zu gestalten;
- sich dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen sowohl auf EU-Ebene als auch auf Seiten der Partnerländer, transparent, partizipativ und unter Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen durchgeführt werden;
- die menschenrechtliche Kohärenz europäischer Handels- und Investitionsabkommen

durch wirksame Menschenrechtsklauseln, unabhängige Beschwerdemechanismen und systematische ex-ante menschenrechtliche Folgeabschätzungen (Human Rights Impact Assessments) sicherzustellen;

- die wirtschafts- und entwicklungspolitischen Interessen von Entwicklungsländern im Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) zu berücksichtigen, anstatt den Wettbewerbsdruck in unfairer Weise zu erhöhen;
- die regionalen und bilateralen Wirtschaftsabkommen mit Afrika und anderen Entwicklungsländern entwicklungs-freundlich auszugestalten. Dazu müssen nationalen Entwicklungsinteressen für Investitionen in eine nachhaltige Wirtschafts- und Industriepolitik sowie der Förderung einer kleinbäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft, Priorität eingeräumt werden.

## Vorrang für Menschenrechte in der Migrations- und Flüchtlingspolitik

Die aktuelle Migrations- und Flüchtlingspolitik, die auf Abschreckung und Abwehr von Migrantinnen und Migranten setzt, darf nicht fortgesetzt werden, da sie das grundlegende Recht des Menschen, sein Heimatland zu verlassen, missachtet. Zudem verletzt die EU massiv Menschenrechte durch die menschenunwürdige Behandlung von Asylsuchenden, unter denen sich auch viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge befinden. Die EU negiert damit ihre Verantwortung für das Völkerrecht. Mit ihrer Immobilitätspolitik gegenüber Menschen aus Drittstaaten konterkariert sie entwicklungspolitische Zielsetzungen.

Zur Europawahl 2014 fordert VENRO von den Kandidatinnen und Kandidaten:

- den Schutz von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten, insbesondere minderjährigen Flüchtlingen, bei Einreise, Aufnahme und Aufenthalt in der EU zu gewährleisten und deren Status zu entkriminalisieren. In keinem EU-Land dürfen EU-Bürgerinnen und Bürger oder Hilfseinrichtungen, die Flüchtlingen und Migranten Unterstützung in Notsituationen bieten, gesetzlich dafür belangt werden;

- die sexuelle Ausbeutung von Migrantinnen zu beenden;
- Flüchtlinge und Migranten selbst über ihr Zielland bestimmen zu lassen;
- die finanziellen, materiellen und personellen Lasten der Erstversorgung und Integration von Flüchtlingen und Migranten auf alle EU-Länder gerecht zu verteilen und die Aufnahmeländer entsprechend finanziell auszustatten;
- den EU-Mitgliedstaaten zu empfehlen, die UN-Konvention zum Schutz der Rechte von Wanderarbeitern und ihrer Familien zu ratifizieren;
- die Bereitstellung von Entwicklungsgeldern nicht mit der Bereitwilligkeit zur Aufnahme von irregulären Migranten durch Empfängerländer zu verknüpfen;
- Migrantinnen und Migranten eine reguläre Arbeitsaufnahme zu ermöglichen;
- die Priorisierung von Kindern in allen Migrationsgesetzen durchzusetzen und sicherzustellen, dass EU-Gelder explizit Flüchtlingskindern zugute kommen.

### Menschenwürdige Arbeit durchsetzen

Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und „Armut trotz Arbeit“ sind für viele Menschen weltweit trauriger Alltag. Besonders anfällig für Verletzungen von Menschen- und Arbeitsrechten sind Kinder, Frauen, informell Beschäftigte, insbesondere Hausangestellte und Wanderarbeiter, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Auch die Arbeitslosigkeit junger Menschen in Entwicklungsländern muss durch Sofortprogramme entsprechend den Vorschlägen der ILO bekämpft werden.

Zur Europawahl 2014 fordert VENRO von den Kandidatinnen und Kandidaten:

- Menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherung als Ziele der internationalen Zusammenarbeit in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit und in der Post-2015-Agenda zu verankern. Ziel ist, allen Erwerbstätigen sowohl in der formel-

len wie informellen Wirtschaft Zugang zu menschenwürdigem Einkommen und einer sozialen Grundversorgung zu gewährleisten;

- Transparenz- und Rechenschaftspflichten für Unternehmen zu ihrer unternehmerischen Verantwortung für menschenrechtliche, soziale und ökologisch verträgliche Bedingungen in der gesamten Produktion;
- den Dialog zum Aufbau von Regulationssystemen zum Schutz von Kindern, Beschäftigten und Selbstständigen in den informellen Wirtschaftszweigen in Entwicklungsländern zu unterstützen.

### Gewalt gegen Mädchen und Frauen eindämmen - Genderaktionsplan umsetzen

Weltweit sind Frauen und Mädchen von sexueller Gewalt betroffen. Nach Angaben der UN-Organisation UN-Women sind in manchen Ländern sieben von zehn Frauen Opfer von Gewalt – mit schweren physischen und psychischen Folgen. Viele sterben an den Folgen des Gewaltangriffs, begehen Selbstmord oder infizieren sich mit HIV/Aids. Häusliche und sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen hat gesamtgesellschaftliche Auswirkungen und führt auch zu volkswirtschaftlichen Einbußen. Angesichts permanenter Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen muss die EU mehr dafür tun häusliche und sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie Menschenhandel in den ärmeren Ländern einzudämmen.

Hierzu soll ein EU-Genderaktionsplan erarbeitet werden, der klare Indikatoren und messbare Ziele enthält, aber über Gewaltbekämpfung hinaus Frauenrechte auf Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem in der Arbeitswelt, durchsetzt, wie dies Artikel 23 der EU-Charta fordert.

Zur Europawahl 2014 fordert VENRO von den Kandidatinnen und Kandidaten:

- den Ansatz von Gender Mainstreaming, Gender Budgeting und Frauenförderung in einem zeitlich festgelegten EU-Genderaktionsplan für Entwicklungsländer zu konkretisieren;

- Maßnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern, die die häusliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen in Entwicklungsländern eindämmen;
- die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte von Mädchen und Frauen sowie den universellen Zugang zu entsprechenden Dienstleistungen zu fördern;
- das Engagement für die berufliche Bildung von Mädchen und Frauen sowie die Bildung und Berufsausbildung von Müttern zu fördern;
- das ökonomische und politische „empowerment“ von Frauen zu unterstützen.

### Kinderrechte stärken

Weltweit leben etwa 600 Millionen Kinder in Armut. Bis 2050 werden rund 70 Prozent der Kinder weltweit in armen oder fragilen Staaten leben. Kinder sind überproportional von Armut, Not und Konfliktsituationen betroffen. Alle EU-Mitgliedstaaten sind Mitunterzeichner der UN-Kinderrechtskonvention und haben sich damit verpflichtet, die Rechte von Kindern umzusetzen, zu schützen und zu fördern. Artikel 24 des Vertrages von Lissabon (Charta der Grundrechte der EU) enthält einen eigenen Abschnitt zu Kinderrechten und macht diese zum expliziten Ziel für die EU Innen- und Außenpolitik. Die „EU Charter of Fundamental Rights“ fordert, dass bei allen EU-Aktivitäten immer das Interesse des Kindes besondere Berücksichtigung finden muss.

#### Zur Europawahl 2014 fordert VENRO von den Kandidatinnen und Kandidaten:

- adäquate Mittel in den Finanzierungsinstrumenten der EU zur Entwicklungszusammenarbeit für Kinder sicherzustellen. Dies schließt die Finanzierung von Impfprogrammen und die Forschung und Entwicklung von lebensrettenden neuen Diagnostika, Impfstoffen und Medikamenten sowie die Überwachung von EU-Programmen ein;
- EU-Institutionen für die Implementierung ihrer Zusagen, die sich aus der UN-Kinderrechtskonvention und dem Lissabon-Vertrag ergeben, zur Verantwortung zu ziehen;
- sicherzustellen, dass Kinderrechte systematisch im EU-Menschenrechtsdialog mit Drittländern angesprochen werden, dass sie in Handelsabkommen berücksichtigt und in allen Diskussionen in Bezug auf den Post 2015-Entwicklungsrahmen „mainstreamt“ werden.

### Finanzmarktregulierung und Steuergerechtigkeit gegen Ungleichheit

Eine umfassende Regulierung und wirksame Aufsicht der Finanzmärkte trägt zu einer Stabilisierung des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems auch im Interesse der ärmeren Länder bei. Neben der kurzfristigen Finanzierung von Entwicklungsstrategien durch finanzielle Unterstützung von außen sind heimische Ressourcen, insbesondere eine gerechtigkeitsorientierte Steuer- und Fiskalpolitik, das beste und nachhaltigste Mittel zur langfristigen Finanzierung der Entwicklung von Staaten und ihren Gesellschaften. Die Fortschritte bei der Bekämpfung von Ungleichheit oder dem Aufbau von Sozialsystemen in der EU wurden vor allem durch solidarische Steuersysteme finanziert. Steuerhinterziehung und -vermeidung durch multinationale Konzerne und wohlhabende Einzelpersonen entziehen den Staaten, ob in Nord oder Süd, dringend benötigte Mittel für die Überwindung von Armut und Ungleichheiten. Sie sind globale Probleme und verlangen globale Lösungen.

#### Zur Europawahl 2014 fordert VENRO von den Kandidatinnen und Kandidaten:

- weitere Fortschritte in der Finanzmarktregulierung voranzutreiben, wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese soll auch der Entwicklungs- und Klimafinanzierung dienen;
- Steuerflucht, Steuerhinterziehung, Korruption und Geldwäsche auf nationaler und internationaler Ebene durch erhöhte Transparenzanforderungen und Auskunftspflichten sowie die Stärkung der Steuerverwaltungen wirksam zu bekämpfen;
- Entwicklungsländer bei der Bekämpfung der Steuerflucht zu unterstützen, auch im

Norden durch den Aufbau leistungsfähiger und gerechter Steuersysteme;

- den Steuerwettbewerb nach unten bei der Unternehmensbesteuerung zu überwinden;
- neue Regelungen zum automatischen Informationsaustausch einzuführen, einschließlich der Informationen über die wirtschaftlichen Eigentümer von Kapitalanlagen sowie länderbezogene Berichtspflichten für Unternehmen.

### Eine ehrgeizige Klimaschutz- und Energiepolitik

Der erste Teil des 5. Sachstandsberichts des Weltklimarats (IPCC) verdeutlicht die verheerenden Folgen des Klimawandels. Vor allem die Menschen in den ärmeren Ländern leiden darunter. Jüngstes Beispiel ist der Taifun auf den Philippinen. Europa trägt aufgrund seiner Emissionen und seiner technologischen wie finanziellen Möglichkeiten eine hohe Verantwortung für den Klimaschutz, die Anpassung an den Klimawandel und eine zukunftsorientierte Energieversorgung. Die Weichen hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsentwicklung und Ressourceneffizienz weltweit müssen zügig gestellt werden. Die EU muss darin Vorreiter sein und eine Führungsrolle bei den Verhandlungen zu einem Klimaabkommen in 2015 spielen.

Zur Europawahl 2014 fordert VENRO von den Kandidatinnen und Kandidaten:

- ein EU-Klima- und Energiepaket bis 2030 mit folgenden verbindlichen Zielen zu unterstützen: eine in der EU erbrachte Emissionsminderung von 55 Prozent bis 2030 gegenüber dem Basisjahr 1990; einen Anteil von 45 Prozent an erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis 2030 gegenüber 1990; eine Senkung des Endenergieverbrauchs um 35 Prozent gegenüber 2005;
- den Europäischen Emissionshandel als Flaggschiff des EU-Klimaschutzes zu reformieren. Dazu sind mindestens 1,4 Milliarden überschüssige Zertifikate schnell und dauerhaft aus dem Markt zu nehmen; das jährliche Emissionsminderungsziel muss von derzeit 1,74 Prozent auf min-

destens 2,6 Prozent ab 2015 gesteigert werden. Neue Offsetting-Zertifikate (zum Beispiel aus dem Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung – CDM) sind auszuschließen;

- bei den UN-Klimaverhandlungen für eine lösungsorientierte Position für den Umgang mit Klimaschäden und Verlusten durch einen internationalen Mechanismus einzutreten;
- sich dafür stark zu machen, dass die EU ihren Anteil der 100 Milliarden US-Dollar jährlich übernehmen muss, die die Industriestaaten in Doha für die Zeit ab 2020 zugesagt haben. Hierzu muss die EU Druck auf die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten ausüben. Fairer Anteil heißt, 30 bis 35 Milliarden US-Dollar jährlich für Anpassungsmaßnahmen und Klimaschutz in den ärmeren Ländern bereit zu stellen.

### Humanitäre Hilfe stärken

Der Bedarf für humanitäre Hilfe weltweit steigt, nicht zuletzt aufgrund des Klimawandels und aufgrund lang anhaltender bewaffneter Konflikte, unter denen vor allem die Zivilbevölkerung leidet. Das Europäische Amt für Humanitäre Hilfe (ECHO) ist weltweit ein wichtiger und für seine Effizienz anerkannter Geber. Ungefähr die Hälfte der über ECHO finanzierten humanitären Hilfe wird über unabhängige Nichtregierungsorganisationen (NRO) umgesetzt, die flexibel und bedarfsgerecht reagieren können. Eine effiziente humanitäre Hilfe braucht Grundätze, wie sie im europäischen Konsens zur humanitären Hilfe von allen EU-Mitgliedstaaten vereinbart sind. Humanitäre Hilfe darf nicht nach politischen Kriterien, sondern muss nach Bedürftigkeit und in Neutralität gegenüber Konfliktparteien geleistet werden.

Zur Europawahl 2014 fordert VENRO von den Kandidatinnen und Kandidaten:

- auch zukünftig die Unabhängigkeit der Generaldirektion ECHO sicherzustellen. Humanitäre Hilfe darf nicht als Teil der Krisenprävention oder der Außenpolitik gesehen werden;

- dafür Sorge zu tragen, dass sogenannte vergessene Krisen und unterfinanzierte Themen besondere Aufmerksamkeit erhalten;
- sich dafür einzusetzen, dass die europäische humanitäre Hilfe weiterhin über unabhängige Organisationen umgesetzt wird;
- einen zweiten Aktionsplan zur Umsetzung des europäischen Konsenses zu unterstützen.

### Förderung der zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die EU

Die Institutionen der EU wollen und sollen die Zusammenarbeit und den Dialog mit der Zivilgesellschaft im Norden und Süden stärken. Die Programme und Ausschreibungen der EU zur Entwicklungszusammenarbeit schließen durch zu technokratische und bürokratische Bedingungen kleinere und spezialisierte NRO aus. Zudem schwächen intransparente und langwierige Entscheidungsprozesse der Europäischen

Kommission über die Entwicklungsmittel die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten.

### Zur Europawahl 2014 fordert VENRO von den Kandidatinnen und Kandidaten:

- von der Europäischen Kommission Transparenz bei der Programmierung von EU-Mitteln und den Anteilen, die für zivilgesellschaftliche Organisationen zur Verfügung stehen, einzufordern;
- die Mitspracherechte des Europäischen Parlaments zu nutzen, um die zivilgesellschaftliche Teilhabe von NRO sicherzustellen;
- die bürokratischen Anforderungen bei der Beantragung und Umsetzung von EU-Fördermitteln abzubauen;
- die Förderung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Kampagnenarbeit (DEAR - Development Education and Awareness Raising) auszubauen.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik deutscher  
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstraße 201  
53113 Bonn  
Tel.: 0228/9 46 77-0  
E-Mail: sekretariat@venro.org  
Internet: www.venro.org

### Redaktion

Dr. Hildegard Hagemann, Anke Kurat, Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath

### Endredaktion

Kirsten Prestin

Bonn, Januar 2014